

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postfachkonto: Dresden 1889  
Strolasse Riesa Nr. 52.

Nr. 25.

Dienstag, 30. Januar 1923, abends

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1000.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gez. Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Erklärung der Getreidemenge durch Saatgutwirtschaften betr.

Auf Grund des § 20 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus dem Jahre 1922 vom 4. Juli 1922 — Reichsgesetzblatt Seite 549 — und des Artikel 1 des Reichsgesetzes dazu vom 27. Oktober 1922 — Reichsgesetzblatt Seite 809 — hat sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft damit einverstanden erklärt, daß die Erzeuger, soweit sie nachweisen, daß sie unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Original- oder anerkanntes Saatgut (echte Abfaaten) vom Sommeranbau zur Lieferung von Originalsaatgut zu erklären, sich von der Verpflichtung zur Lieferung von 110 000 M. für die Tonne, von Saatgut des übrigen Sommeranbaugesamtes durch Zahlung von 100 000 M. für die Tonne befreien können. Etwaige

Anträge sind an die Amtshauptmannschaft zu richten, die hierauf das Weiterere in die Wege leiten wird.

Großenhain am 29. Januar 1923. 15151. Der Kommunalverband.

Der VII. Nachtrag zur Sparassonordnung der Gemeinde Gröbza, der die Erhöhung des Einlagenzinsfußes auf 4 vom Hundert und die Änderung der Bestimmungen über die Höchstzulagenhöhe enthält, ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden und liegt im Rathaus der Sparkasse Gröbza 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht aus.  
Gröbza (Elbe), am 29. Januar 1923. Die Sparkassenverwaltung.

Die Auszahlung der Sozialrentnerunterstützung erfolgt am Donnerstag, den 1. Februar 1923, vorm. 9 bis 12 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 14.  
Gröbza (Elbe), am 27. Januar 1923. Der Gemeindevorstand.

## Die Andern.

Als die deutsche Reichsregierung sich entschlossen hatte, sich dem französischen Gewaltzweck nicht zu beugen, und die Dinge beim rechten Namen zu nennen, hat sie sich fernerhin seinen Hoffnungen über die Haltung der übrigen an geordneten Völkern in Europa immerhin interessierten Länder hingewandt. Heute, nach dreiwöchiger Aushungerung, läßt sich feststellen, daß zwar die Brutalität der Franzosen überall in der Welt einen allerdings vielleicht gern überschätzten moralischen Eindruck gemacht haben, daß aber praktische politische Folgen daraus sich nirgendwo ergeben haben. Mit einer peinlich bewachten Zurückhaltung sehen die Regierungen aller für uns und unsern Schicksal in Frage kommenden Länder dem Treiben der Franzosen zu. Die Tatsache, daß der mitteleuropäische Brennpunkt wirtschaftlicher und technischer Energie einfach mit der Schärfe des Bajonetts aus dem Weltwirtschaftskörper herausgeschnitten wird, daß ein zu allen Konsequenzen entschlossenes Säbelregiment sich über alle Grundzüge des Völkerrechts sowie des Völkerrechts hinwegsetzt, daß unheimliche Menisdenken auf dem Altare der französischen Machtideologie geopfert werden, hat bisher nicht einmal einen kümmerlichen diplomatischen Protest seitens der tatsächlich doch wirklich nicht unbeteiligten Großmächte hervorgerufen. Der nach dem Friedensvertrage geradezu für solche Konfliktsfälle, wie sie im Augenblick vorliegen, geschaffene Völkerbund schweigt ebenfalls in allen durch ihn vertretenen Welt Sprachen. Nur ein Mann hat das Wort, Herr Voltaire.

Neben der oben gekennzeichneten Zurückhaltung aller amtlichen Verantwortlichen summt als Unterton mehr oder weniger stark in den einzelnen Ländern ein deutlich hörbarer Unwille der öffentlichen Meinung. In der englischen Presse kommt die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Krisenstande und die Frage, was nun eigentlich werden soll, immer unverhüllt zum Ausdruck. Die Rede, die Mac Kenna, der Schatzsekretär des englischen Koalitionskabinetts während des Krieges, auf der Generalversammlung einer großen Bank gehalten hat, rückt die Hauptargumente der englischen Wirtschaftswelt besonders scharf in den Vordergrund. Gegenüber der Anschauung, daß sich England durch Entwicklung seiner Ueberseebesitzungen für den Verlust europäischer Absatzgebiete schadlos halten könne, betont Mac Kenna, daß der Niederbruch des Wirtschaftslbens in Europa gleichfalls die schwersten Folgen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehe. Er schließt allerdings, und das ist im Augenblick für uns das Wesentliche, mit der resignierten Feststellung, daß es nicht in der Macht Englands läge, die Bedingungen zur Sanierung der internationalen Wirtschaft zu erzwingen. Der Grund dieser englischen Ohnmacht liegt einmal in der bekannten militärischen Ueberlegenheit Frankreichs, dann auch in den Schwierigkeiten, die sich England in der Lösung der Orientfrage fernerhin nicht ohne Einwirkung Frankreichs in letzter Stunde entgegenstellen und die zu ihrer Lösung eine Verständigung mit Frankreich bedingten. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird ebenfalls die offizielle Neutralität einer brodbrotenden und abwartenden Haltung festgehalten. Das eigene Schwerte Gewissen sucht man mit dem Hinweis auf den Plan einer Wirtschaftskonferenz zur Regelung der Reparationsfrage zu beruhigen und tut so, als reche man mit der Möglichkeit, daß Italien gegebenenfalls die Vermittlerrolle übernehmen wird. Die Kritik dieser Untätigkeit Washingtons verläßt sich in der Öffentlichkeit immer mehr. Ein sichtbares Zeichen hierfür ist die Meinungswandlung des Senators Borah. Die Farmerkreise brücken gleichfalls auf den Senat und die Regierung. Das Allereuerliche, was Deutschland aber vorläufig von Amerika erwarten kann, wäre ein Kredit zur Lebensmittellieferung, dessen Zustandekommen ja nicht nur im deutschen Interesse liegen würde, sondern auch den Wünschen der Farmer entgegenkommen würde. In der Schweiz drängt die öffentliche Meinung hart auf Einberufung des Völkerbundes, jedoch ohne besondere Erfolgsaussichten, da die Schweiz ja nur einer der vielen kleinen am Völkerbunde beteiligten Staaten ist, wenn sich auch der Sieg des Völkerbundes zufällig in Genuß bekäme. In den übrigen, seit dem Kriege als neutral bezeichneten Ländern, ist ebenfalls eine wachsende Sympathie für Deutschland, daneben aber auch eine starke Abneigung der Regierungen zum Eingreifen in irgendwelcher Form festzustellen. Polen und die Tschechoslowakei legen vorläufig noch Wert darauf, ihre Neutralität zu betonen. Beide Länder kommen für Rohstofflieferungen in Frage, jedoch darf man sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß auf einen Wind von Paris her solche Lieferungen eingestellt werden würden. Deutschland ist auf sich allein gestellt. Der aufgewungene Kampf muß, sollte es was es wolle, bis zum Ende durchgeführt werden. B. H.

In Berlin hat Gerhardt berichtet, daß die Rheinische Republik ausgerufen worden sei. Erfindungen, die wir in Köln eingesehen haben, haben ergeben, daß diese Gerichte haltlos sind.

## Verhärzung der Lage.

Wie die Berliner Blätter aus Essen melden, sieht sich die Lage im Ruhrgebiet immer mehr zu. Infolge der zahlreichen Anweisungen, die bereits erlassen sind, und des rückwärtsgehenden Eingreifens der Besatzung in den Eisenbahn- und Postbetrieb herrscht unter der Bevölkerung eine erbitterte Stimmung. Gekennzeichnet wurde das Düsseldorf-Telegraphenamt von französischen Soldaten mit ansehnlichem Besatzungsbesatz. Das weibliche Personal wurde von den Offizieren mit der Weltereichte aus den Sälen getrieben. Ueber das gesamte ruhrbezogene Gebiet ist der verschärft Besatzungsstand verhängt worden. Gegen jeden Sabotageversuch bei Eisenbahn und Post wird nach der Verordnung mit Waffengewalt vorgegangen werden. Alle Versammlungen bedürfen der vorherigen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Ebenso haben die Zeitungen unter Vorzensur. Für Zuwiderhandlungen sind schwere Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren oder 100 000 Mark Geldstrafe angedroht. Die Besatzungsbehörde begründet ihre Maßnahmen mit den Hindernissen, die ihrer Tätigkeit seitens der deutschen Beamten entgegenstehen würden.

Rur Stilllegung des Eisenbahnverkehrs in Aachen erfordert B.V., daß auf dem Bahnhof Maschinenwerkzeuge aufgestellt wurden. Da alle Verhandlungen zwischen dem Veronal und dem Bahnhofskommandanten ergebnislos blieben, hat das Veronal die Dienststellen verlassen. — Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, sind die Strecken Koblenz-Bonn, Düren-Aachen und Geldern-Hürdingen infolge Eingreifens der französischen Behörden von den deutschen Beamten stillgelegt worden. — Infolge des Eisenbahnverkehrs liegt in Koblenz der gesamte Verkehr still. Die Eisenbahner halten ihre Weigerung, unter französischer Besatzung zu arbeiten, aufrecht. In Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden und den Eisenbahnergewerkschaften ist es bisher nicht gekommen. Die Besuche der Franzosen, den Verkehr selbst aufrecht zu erhalten, sind kläglich gescheitert. — Die französische Regierung richtet gegenwärtig eine Eisenbahnlinie Duisburg-Oberhausen-Neulinghausen-Lünen und eine zweite Essen-Dortmund-Dattling ein. — Nach einem in Wiesbaden und Mainz-Castell angeschlagenen Befehl des Generals Degoutte hat das gesamte Eisenbahnpersonal an Ort und Stelle den Dienst aufrecht zu erhalten und alle im Auftrage Degouttes und der ihm untergeordneten Stellen erteilten Befehle auszuführen. Zuwiderhandlungen werden streng gerichtlich verfolgt.

Aus Essen wird gemeldet: Für Montag mittag 2 Uhr hatte der französische Kommandeur für das Telegraphenwesen die Gewerkschaftsvertreter der Beamtenchaft der Post und des Telegraphenamts zu sich geladen, um sie zur Unterzeichnung einer Erklärung zu bewegen, daß sie sich den französischen Anordnungen fügen würden. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt. Dem Direktor Jinger, der dagegen Einspruch erhob, wurde erklärt, daß er sich zur Verfügung der französischen Behörde zu halten habe. Die sechs Vertreter der Beamtenchaft wurden sofort verhaftet und in einem bereitgestellten Auto mit unbekanntem Ziel fortgebracht. Die Vertreterin der Beamtinnen wurde von den Franzosen sofort freigelassen. Infolge des Vorgehens der Franzosen hat das Veronal der Post und des Telegraphenamts beschlossen, die Arbeit um 3 Uhr niederzulegen. Tatsächlich arbeitet seit Montag 3 Uhr nachmittags keine telegraphische Verbindung mit Essen. Auch der Fernsprecheverkehr mit Essen ist unterbrochen.

Rur Ausschichtsbeamten für den gesamten Volkbetrieb im Ruhrgebiet wurde der französische Beamte Brakh ernannt. Als Sanktion für die deutsche Ablehnung, den Franzosen Telefonverbindungen herzustellen, ließ er den gesamten Betrieb auf eine Stunde unterbrechen mit der Bestimmung, daß die Strafen bei weiteren Dienstverweigerungen erhöht werden würden.

In Hamm waren Sonntag die Betriebsräte der Bergarbeiter aus dem ganzen Ruhrgebiet versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Der Generalkreis wurde einstimmig abgelehnt. Die bisher von der Bergarbeiterchaft angenommene Abwehrhaltung soll in diesem Maße gehandhabt werden. Eine Entscheidung spricht sich gegen jeden Nationalismus aus, lehnt die Einführung der Strafen ab und gelobt Treue zur deutschen Republik.

In sämtlichen Braun- und Steinkohlbezirken Deutschlands, außer im Ruhrgebiet, wurden Sonntag Revierkonferenzen abgehalten, in denen überall die Bereitwilligkeit zu Tage trat, Ueberprüfungen zu verfahren, um einen etwa eintretenden Ausfall an Kohle abzugleichen.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ haben sämtliche 25 durch die Beschlagnahme von Fahrzeugen betroffenen Rheinverwaltungen am Oberhof der französischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet ein Schreiben gerichtet, in welchem sie die Verhinderung und den Umbruch von Brennstoffen nach Frankreich und Belgien

ablehnen und erklären: Wir lassen uns nicht zur Teilnahme oder Mitwirkung an Handlungen anhalten, die sich gegen die Interessen und die Befehle unseres Vaterlandes, sowie gegen Ehre und Gewissen richten.

Wie die Berliner Blätter aus Essen melden, haben die Franzosen den dritten Teil der dortigen Krankenhäuser beschlagnahmt. Klein von den 1000 Betten der städtischen Krankenhäuser haben sie 270 Betten beansprucht. Auch der Tuberkuloseklinik, die Hauptklinik und die Wandlung für Scharlach, Malaria und Typhus wurden von den Kranken auf Verlangen der Franzosen geräumt werden. Die Ärzte erklärten daraufhin, infolge dieses Vorgehens könnten schwere Schäden auskommen. Sie mühten die Verantwortung für alle Folgen den Franzosen überlassen.

Aus Berlin wird gemeldet: Die von einem Teil der Beamtenschaft gegen den Präsidenten der Oberpostdirektion Düsseldorf erhobene Beschwerde, daß er mit den Franzosen gemeinsame Sache mache, hat sich als völlig unzutreffend erwiesen. Wie der Reichspräsident in Düsseldorf berichtet, ist das Verhalten des Präsidenten Söntgen durchaus einwandfrei gewesen. Auch die zuständige Beamtenschaft hat Einspruch gegen die von einem Teil der Beamtenschaft ausgesprochenen Verdächtigungen erhoben. Die beste Ehrenerklärung für Söntgen ist, daß er heute von den Franzosen verhaftet und unbekannt wohin abgeführt worden ist.

Im besetzten Gebiet sind gestern folgende Personen verhaftet oder angedroht worden: In Düsseldorf sind verhaftet worden der Leiter des Finanzamtes Oberregierungsrat Dr. Nowak und der Oberpostsekretär Schmidt, in Dortmund der Polizeipräsident Kraus, der Präsident der Oberpostdirektion Dortmund Ernst und der Bahnhofsinспекtor Widmer, wie nachträglich bekannt wird, auch der Oberpostdirektor Riefelbach vom Telegraphenamt und der Postmeister Pather, in Hörde der Oberpostsekretär Tschander. Der Oberbürgermeister Hamm von Telegraphenamt ist in das nicht besetzte Gebiet ausgewiesen worden. In Düsseldorf ist der Präsident des Landeshauptamtes Duffelord Dr. Jinger verhaftet worden. Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg wurde ohne Angabe von Gründen ausgewiesen und sofort im Auto in das unbesetzte Gebiet gebracht.

Montag früh um 7 1/2 Uhr wurde in seiner Wohnung in Bochum der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Dehage, aus dem Bett heraus verhaftet. Zu gleicher Zeit erschien ein großes militärisches Aufgebot, besetzte das Finanzamt Bochum und begab sich dann zu der nahe gelegenen Wohnung seines Leiters, Oberfinanzrat Schmidt, der ebenfalls aus dem Bett heraus verhaftet wurde. Sein Stellvertreter Regierungsrat Grünwald begab sich zum Divisionskommandeur in Weimar, um selbst gegen die Verhaftung zu protestieren. Eine Beamtenabordnung wurde nicht vorgelassen, dagegen wurde Regierungsrat Grünwald gleichfalls verhaftet. Ferner wurde gestern die Reichsbank besetzt und Reichsbankdirektor Blumsohl verhaftet. Die Beamten legten darauf die Arbeit nieder. Die Privatbanken in Bochum haben zum Protest ebenfalls geschlossen. Ferner wurde der Leiter des Hauptzollamts Bochum, Hauptzollrat, verhaftet. Die Befragungen sind alle im Weimarer Volkspark untergebracht. Der Fernsprechebetrieb in Bochum, der seit Mittwoch voriger Woche geruht hatte, ist gestern wieder aufgenommen worden. Die französischen Truppen, die das Telegraphen- und Postamt besetzt hielten, sind abgerückt und haben den Telegrapheninspektor Birke mit sich fortgeführt.

Die französischen Militärbehörden haben bestimmt, daß auch im Ruhrgebiet alle Beamten ausgewiesen sind, die es ablehnen, den französischen Befehlen zu gehorchen.

Gegenüber den sich mehrenden Verhaftungen leitender Reichs- und Staatsbeamter laßt gestern in Dortmund eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften aller Richtungen folgende Entschlüsse: Die von den Besatzungsstruppen vorgenommenen Verhaftungen leitender Reichs- und Staatsbeamter können die Gewerkschaften in ihrem bisherigen Verhalten nicht irre machen. Die Maßnahmen sind vielmehr geeignet, den Widerstand bis zum Neuerstehen zu steigern. Die Gewerkschaften werden jedenfalls wie bisher ihr Möglichstes tun, daß die Franzosen an der Ruhr ihr Ziel nicht erreichen.

Die deutsche Regierung hat in einer Note an die französische Regierung dagegen protestiert, daß der Polizeiwachtmeister Schmitt in Aachen am 18. Januar, als er auf Wachen stand, verhaftet und zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, weil er sich geweigert hatte, einen französischen Offizier zu grüßen. Die deutsche Regierung verlangt unverzüglich Freilassung des Beamten und behält sich vor, völlige Genugtuung zu fordern.

## Aufhebung der Pressfreiheit.

Aus Essen wird gemeldet: Für Montag, 30. 1., vormittags 10 1/2 Uhr hatte der Chef des Stabes der 128. Division die Vertreter der Essener Zeitungen zu einer Besprechung eingeladen. Den erschienenen wurde eröffnet, daß bisher volle Pressfreiheit bestanden habe, die jedoch zur Verbreitung von solchen Meldungen und zu Angriffen auf Frankreich und die französische Armee mit-